Veranstaltung

Strategien für Stadtwerke

[24.10.2013] In Sindelfingen fand das 8. Forum für kleine und mittlere Stadtwerke statt. Vertreter aus Politik und Verbänden diskutierten mit Stadtwerken künftige Strategien zur Energiewirtschaft.

In der Stadthalle Sindelfingen drehte sich vorgestern (22. Oktober 2013) alles um die veränderten Rahmenbedingungen für kleine und mittlere Stadtwerke. Vertreter der Stadtwerke, Politik und Verbände diskutierten auf dem 8. KMU-Forum im Süden aktuelle Themen und strategische Entscheidungen der Energiebranche. Es ging unter anderem um Fachkräftesicherung und Kundenbindung, um den Trend zur Eigenstromerzeugung bei den Verbrauchern, und um die zentralen Fragen aus Politik und Wirtschaft: Was geschieht mit dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) und wie sollten Stadtwerke darauf reagieren?
Den Auftakt machte Paul Nemeth, energiepolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion. Er betonte in seinem Grußwort die Bedeutung der Stadtwerke für das Gelingen der Energiewende: Je dezentraler die Energieversorgung, desto mehr könnten gerade auch die kleinen und mittleren Stadtwerke ihre Stärken ausspielen: Sie verbinden Strom, Wärme und Mobilität zu einem einheitlichen Konzept, was in dieser Form einmalig sei. Das mache sie zum „Juwel Baden-Württembergs“ und zum „Garant, dass die Energiewende gelingen kann“, so Nemeth. Dabei warnte er aber auch vor den Gefahren möglicher Fehlentwicklungen: Noch stehe die Energiewende ganz am Anfang. Sie sei kein Selbstläufer. „Wir müssen daher aufpassen, dass die gesellschaftliche Akzeptanz bewahrt bleibt“, so Nemeth weiter.
Rechtsanwältin Heike Schoon-Pernkopf sprach im darauffolgenden Vortrag über die „Komplexitätsfalle Energiewende“. Ein Aspekt wurde dabei besonders deutlich: Kleine und mittlere Stadtwerke bereitet das Ausmaß an Gesetzesvorlagen zunehmend Schwierigkeiten. So gebe es mittlerweile rund 10.000 Rechtsvorschriften, die Stadtwerke zu beachten hätten. Die meisten seien nicht branchenspezifisch, sondern betreffen die Bereiche Insolvenzrecht und IT-Sicherheit. Auf den Bereich der Energiewirtschaft würden rund 2.000 Rechtsvorschriften zutreffen. Die Novellierung des EEG werde daher eines der wichtigsten Aufgaben der neuen Bundesregierung sein. In diesem Zusammenhang stellte sich auch die Frage nach der Erschließung neuer Geschäftsfelder, vor allem in Bezug auf den Trend zum Eigenverbrauch und dem Aspekt der Reststromlieferung.
Um Fachkräftesicherung ging es im nächsten Themenblock. Elke Vorhort, Geschäftsführerin beim Unternehmen LAB & Company verwies auf das Potenzial der neuen Medien wie Facebook, Twitter und Xing bei der Bindung von Fachkräften. Stadtwerke sollten zudem gezielt in den Schulen auf sich Aufmerksam machen. André Richter vom Unternehmen die_schnittsteller verdeutlichte an Praxisbeispielen, wie wichtig soziale Netzwerke für die Stadtwerke sein können.

Versorgungssicherheit gewährleisten

Große Aufmerksamkeit erweckte die Podiumsdiskussion zwischen Hildegard Müller, Vorsitzende des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), und dem baden-württembergischen Umweltminister Franz Untersteller (Bündnis 90/Die Grünen). Im Fokus stand die Energiepolitik nach der Bundestagswahl. Müller machte deutlich, dass in der Debatte um eine Novellierung des EEG nicht nur über Strom geredet werden dürfe, sondern auch die Wärmeerzeugung eine große Rolle spiele. Das physikalisch-technische Potenzial von Kraftwerksanlagen sollte dabei vollständig ausgeschöpft werden. „Die Stimme der Energiewirtschaft hat dazu gute Konzepte vorgelegt“, so Müller. Zudem habe man bisher nur eine reine Kostendiskussion geführt. Künftig müsse es auch um die Frage der Versorgungsicherheit

gehen. Sie forderte daher im Hinblick auf den kommenden Koalitionsvertrag die Festlegung auf einen dezentralen Leistungs- und Kapazitätsmarkt, „weg von der festen Einspeisevergütung“. Anreize sollten so beschaffen sein, dass Betreiber ihren Strom dann ins Netz einspeisen, wenn dieser gerader benötigt wird. Franz Untersteller betonte, dass der Zubau an erneuerbaren Energien auch künftig weitergehen müsse. „Wir brauchen ein Instrument, das gewährleistet, dass neue Kapazitäten geschaffen werden können“, so der Umweltminister. Der Vorschlag des BDEW sei jedoch nur auf den ersten Blick von Vorteil. Denn in einem liberalisierten Markt sei die Versorgungssicherheit nicht selbstverständlich. Als öffentliches Gut dürfe es nicht allein dem Markt überlassen werden. Das künftige EEG müsse zudem eine Finanzierung nach Notwendigkeiten in den Blick nehmen. Technologien, die noch ganz am Anfang stehen, müssten besonders behandelt werden. „Wir müssen weg von einem Gesetz, das alles über einen Kamm schert“, so Untersteller weiter. Müller entgegnete, den Energiemarkt nicht allein in den Händen der Netzagentur zu lassen und forderte stattdessen eine besser Koordinierung zwischen Bund und Länder. Einig war man sich aber in einem: Es müsse einiges getan werden, um die Versorgungssicherheit langfristig zu gewährleisten. Dazu sei die Einführung eines neuen Marktdesigns unumgänglich.
In den anschließenden Vorträgen diskutierte Jürgen Schleier, Geschäftsführer der Wasserwerke Zwickau, über neue Wasserpreismodelle, deren Umsetzung und Kommunikation mit den Verbrauchern, während Franz-Rheinhard Habbel vom Deutschen Städte- und Gemeindebund den Energietrends von Morgen und Übermorgen nachspürte.
Aus Sicht von Veranstalter BDEW war die Fachtagung ein großer Erfolg. Abseits der Vorträge und Podiumsdiskussionen nutzten viele Teilnehmer die Gelegenheit, sich mit anderen Vertretern der Energiebranche auszutauschen und sich über neue Konzepte der Energieversorgung zu informieren. Als Aussteller waren unter anderem die Unternehmen Trianel, Südwestdeutsche Stromhandelsgesellschaft (SüdWestStrom), Gas-Union, Schleupen und Avat Automation vertreten.

()

Stichwörter: Messen | Kongresse, Trianel, BDEW, EEG-Reform, Franz Untersteller, Hildegard Müller, Paul Nemeth, Politik, SüdWestStrom